

Lehrerverband gegen Altersgrenze: Realität oder Schutz für Kinder?

Diskussion über Altersgrenze für soziale Medien:
Lehrerverband spricht sich gegen Verbote aus,
Bundesjustizministerin fordert Schutz für Kinder.



Baden-Württemberg, Deutschland - Am 18. Juni 2025 dreht sich in Baden-Württemberg alles um die kontroverse Diskussion über eine Altersgrenze für die Nutzung sozialer Medien wie TikTok und Instagram. Der Deutsche Lehrerverband hat sich entschieden gegen eine gesetzliche Regelung ausgesprochen. Verbandspräsident Stefan Döll nennt die Idee realitätsfern und auch nicht sinnvoll. Er erkennt zwar den verständlichen Wunsch an, Kinder zu schützen, sieht jedoch Verbote als wenig hilfreich an. Soziale Medien seien schlichtweg ein fester Bestandteil der Realität, in der junge Menschen lernen müssen, sich zurechtzufinden, so Döll weiter, der auch betont, dass Kinder und Jugendliche ein Recht auf Information haben, was im digitalen Zeitalter umso wichtiger ist. **SWR berichtet, dass** der

Lehrerverband eine Erziehung zu einem klugen Umgang mit dem Internet einfordert, woran sowohl Eltern als auch Schulen gefordert sind.

Die Debatte kommt nicht von ungefähr. Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) hat sich für eine Altersgrenze ausgesprochen, um Kindern in ihrer Privatsphäre Schutz zu bieten und ihre gesunde Entwicklung zu fördern. Sie hebt hervor, dass Kinder und Jugendliche Schutz statt Selbstdarstellungsdruck benötigen. Eine Altersgrenze könnte auch Eltern entlasten, die so weniger über Social Media mit ihren Kindern diskutieren müssten. Diese Sichtweise findet Unterstützung in einer aktuellen Umfrage, die zeigt, dass eine Mehrheit der Erwachsenen, insbesondere unter 18- bis 24-Jährigen, ein Verbot sozialer Medien für unter 16-jährige befürwortet. **Die Zeit berichtet weiter, dass** Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Gönther (CDU) ebenfalls eine Altersgrenze für sinnvoll hält und sich für ein Verbot sozialer Medien für Kinder und Jugendliche stark macht.

Internationale Erfahrungen

Ein Blick über die Landesgrenzen zeigt, wie ernst die Thematik genommen wird. Australien hat im November 2024 als erstes Land ein Nutzungsverbot für soziale Medien für Jugendliche eingeführt, die nun erst ab 16 Jahren auf Plattformen wie Facebook oder Instagram zugreifen dürfen. Erste Erfahrungen aus anderen Ländern belegen positive Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche, wie weniger Mobbing und eine gesteigerte Konzentration in Schulen. Auf EU-Ebene wird über Mindestalter für soziale Medien diskutiert; Staaten wie Frankreich, Griechenland, Spanien und Belgien fordern entsprechende Lösungen. **Tagesschau hebt hervor, dass** in Deutschland die Diskussion um ein Handyverbot für Schulen ebenfalls weitergeführt wird.

Gerade in Deutschland gibt es bisher keine einheitlichen Regelungen. Einige Bundesländer haben bereits Verbote oder

planen Einschränkungen, insbesondere für Grundschulen. So dürfen in Bayern Grundschüler Mobiltelefone auf dem Schulgelände nicht nutzen, während in Bremen ein Handyverbot bis zur 10. Klasse eingeführt wird. Bundesfamilienministerin Karen Prien unterstützt diese Maßnahmen und weist auf die negativen Folgen der Handynutzung hin. In Niedersachsen hingegen plädiert Ministerpräsident Olaf Lies gegen ein generelles Handyverbot und betont die Entscheidungskompetenz der Schulen.

So zeichnet sich ab: Die Diskussion um den Umgang mit sozialen Medien und digitalen Geräten in Schulen und bei Jugendlichen wird nicht so schnell zu Ende gehen. Ob und wann ein generelles Verbot kommt, bleibt abzuwarten, aber klar ist, dass das Thema hoch im Kurs steht und alle Beteiligten gefordert sind, ihre Standpunkte einzubringen.

Details	
Ort	Baden-Württemberg, Deutschland
Quellen	• www.swr.de • www.zeit.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: nag-bw.de